aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

Ausgabe 16 | Mär/Apr 2021 | Normalpreis: 1€ | Solipreis: 2€

rso
revolutionär sozialistische organisation

INHALT DIESER AUSGABE:

Über den österreichischen Korruptionssumpf ..... S. 2

Deutsche Wohnen & Co. enteignen ..... S. 4

Tarifrunde der deutschen Metall– und Elektroindustrie ..... S. 6

Deutsche Bahn ..... S. 7

CFM Berlin ..... S. 9

Russlands Opposition ..... S. 10

Proteste in Myanmar ..... S. 12

Rezension ..... S. 15

Veranstaltungen ..... S. 16

Kapitalismus: ein korrupter Selbstbedienungsladen für die Reichen!

In Österreich treten derzeit fast täglich neue Korruptionsaffären und Details dazu ans Tageslicht. Sie zeigen, mit welcher Selbstverständlichkeit die Herrschenden die Gesellschaft als ihren Selbstbedienungsladen ansehen. Dieser Bereicherung einiger Weniger auf Kosten der großen Mehrheit gilt es einen Riegel vorzuschieben.

Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ versucht das mittels Volksentscheid. In der Metallbranche gibt es Warnstreiks zum Auftakt der Tarifverhandlungen, denn Unternehmen schreiben trotz Pandemie Riesenprofite und planen massiven Stellenabbau. Und auch bei der Deutschen Bahn drohen Sparmaßnahmen zu Lasten der Beschäftigten und der Mobilitätswende. Auch hier wären Streiks der Weg für die Arbeitenden, ihre Interessen zu verteidigen und durchzusetzen. Die Kolleg*innen der CFM an der Charité Berlin kämpfen seit zehn Jahren gegen Outsourcing und dessen Folgen.

Arbeiter*innen müssen ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen, statt selbsternannten Anführer*innen zu vertrauen. In Russland und Myanmar zeigt sich, dass bürgerliche Oppositionelle keine wirkliche Perspektive aufzeigen können. Deswegen diskutieren wir zum Abschluss dieser Ausgabe „Wie man eine Pipeline in die Luft jagt.“

„Wer spendet schafft an“
Über den österreichischen Korruptionssumpf

Die Geschichte beginnt im Mai 2019, als das Ibiza-Video veröffentlicht wird und innerhalb weniger Tage zum Ende der ÖVP-FPÖ-Koalition führt. Darin verlautbart Ex-Vizekanzler Strache stolz: „Die Novomatic [Glücksspielkonzern] zahlt alle!“. Er erklärt ebenso, wie Spendengelder über parteinahe Vereine unauffällig am Rechnungshof vorbei geschleust werden können. Bundespräsident van der Bellen hielt dem entgegen: „So sind wir nicht. So ist Österreich nicht.“ Nach all dem, was in den knapp zwei Jahren seitdem passiert ist, wirkt diese Aussage bestenfalls naiv.

Das Ibiza-Video war vielmehr der Anfang und nicht das Ende einer Korruptionsaffäre. Zu Beginn funktionierte es noch, Ibiza als korrupten Größenwahnsinn von Strache und Gudenus darzustellen: Die ÖVP habe von diesen Plänen nichts gewusst und mit so etwas nichts zu tun. Trotzdem ließ fünf Tage nach dem Ibiza-Skandal ein Mitarbeiter von Kurz unter falschem Namen fünf Festplatten schreddern ...

„Danke für die Unterstützung!“

Ab Sommer 2019 gerät die Casinos-Affäre ins Laufen. Zu Beginn ging es um den Vorwurf, dass Peter Sidlo (FPÖ) seinen Vorstandsposten bei der teilstaatlichen Casinos Austria AG als Gegenleistung für Interventionen für Glücksspiellizenzen im Sinne Novomatics erhalten haben soll.

Der damalige frisch gebackene Vizekanzler Strache bedankte sich bei diversen ÖVPler*innen per SMS für die Unterstützung im Fall Peter Sidlo. Innerhalb mehrerer Monate kommt es zu diversen Hausdurchsuchungen, betroffen sind auch ehemalige ÖVP-Politiker, Novomatic sowie parteinahe Vereine, die Spenden von Novomatic erhalten haben. Zwei der Beschuldigten werden später von Christian Pilnacek, dem für die Ermittlungen zuständigen Sektionschef im Innenministerium, empfangen. Bereits davor als auch danach tauchen Vorwürfe gegen Pilnacek auf, er habe mittels Weisungen laufende Ermittlungen eingestellt bzw. behindert.

Kein Laptop, dafür Netzwerke

Im Juni 2020 nimmt der parlamentarische Ibiza-Untersuchungsausschuss (U-Ausschuss) seine Arbeit auf. Dieser förderte allerhand Interessantes zu Tage und verdeutlichte, wie die ÖVP die Aufarbeitung zu untergraben versucht hatte. Akten und das Ibiza-Video wurden unter Verschluss gehalten, andere Dokumente so eingescannt, dass entscheidende Stellen unleserlich waren. U-Ausschuss-Vorsitzender Wolfgang Sobotka (ÖVP) drückt gern ein Auge zu, wenn sich geladene Zeugen an nichts erinnern können oder sich der Aussage entschlagen. Ein von ihm geleiteter ÖVP-naher ThinkTank erhielt zudem von Novomatic mehr als 100.000 Euro an Spenden. Als befangen sieht er sich nicht.

Einen bemerkenswerten Auftritt im U-Ausschuss lieferte auch ÖVP-Finanzminister Blümel ab. Er antwortete über 80 Mal nicht auf die Fragen der Abgeordneten – weil er sich angeblich nicht erinnern könne. Dann behauptete er keinen Arbeitslaptop zu besitzen, auf Instagram zeigt er sich beim Arbeiten mit Laptop im Flugzeug.

ÖVP vs. Antikorruptionsbehörden

Einblicke in das, was hinter den Kulissen wirklich abläuft, geben etwa die Aussagen von Christina Jilek, die für die Ibiza-Ermittlungen zuständige Staatsanwältin, die ihren Job mit Ende 2020 aufgegeben hat. Dem U-Ausschuss offenbart sie, dass es „unter den aktuellen systemischen und personellen Rahmenbedingungen nicht [geht], das Ibiza-Verfahren zügig, ergebnisoffen und frei von politischer Einmischung zu führen.“ Das sei so lange nicht möglich, wie die Antikorruptionsbehörde WKStA unter politischer Aufsicht stehe. Mittels Weisungen, „Berichtspflichten“ und dem Vorenthalten von Dokumenten werde Aufklärung verhindert.

« Das Ibiza-Video war vielmehr der Anfang und nicht das Ende einer Korruptionsaffäre. »

Allem Anschein nach tobt innerhalb der Justiz ein Kräftemessen zwischen jenen, die ausgehend vom Ibi-

za-Video und der Casinos-Affäre die Verbindungen zwischen Politik, Unternehmen und Spendengeldern aufdecken wollen – und jenen, die das verhindern wollen. Die ÖVP tut das ihre dazu und verunglimpft die Ermittlungen als „fehlerhafte Fakten“ und „Anpatzversuche“ angeblicher „roter Netzwerke“ in der WKStA. Das im Koalitionsabkommen vereinbarte Transparenz- und Parteienfinanzierungspaket hat sie bisher hinausgezögert und verhindert.

Mitten ins Schwarze

Der letzte Höhepunkt war im Februar 2021 erreicht. Zunächst kommt es zu einer Hausdurchsuchung beim amtierenden Finanzminister Blümel. Dieser hatte 2017 eine SMS von Novomatic-Chef Neumann erhalten: er bitte um einen Termin bei Kurz, „erstens wegen Spende und zweitens wegen eines Problems, das wir in Italien haben“. Es ging um eine drohende Steuernachzahlung von über 40 Millionen Euro. Nur zwei Wochen später fanden weitere Hausdurchsuchungen statt: bei Sektionschef Pilnacek, dem ehemaligen ÖVP-Justizminister und Verfassungsrichter Wolfgang Brandstetter sowie dem ÖVP-Mann Thomas Schmid, der vorbereitet war und die Chats auf seinem Handy gelöscht hatte – allerdings hatte er das Backup vergessen. Jetzt werden 300.000 Chatnachrichten ausgewertet.

Klassenkampf!

Unabhängig davon, zu welchen Anklagen und Verurteilungen es kommen wird, zeichnen diese Affären ein Bild der herrschenden Klasse Österreichs. Das Kapital und die mit ihm verbundenen Politiker*innen und Beamt*innen nutzen ihre Macht für ihre gemeinsamen Interessen und Zwecke. Sie arbeiten daran, ihre Machenschaften und ihre Macht auszubauen und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verschieben. Das reicht von Wahlkampfspenden und Jobangeboten über geheime Informationsweitergabe und interne Weisungen bis hin zu Einfluss auf Medien – und noch weit darüber hinaus. Das allermeiste davon ist nach geltenden Gesetzen völlig legal. Ein Ende bereiten werden diesen Machenschaften weder Gesetze noch Gerichte. Das können nur die Arbeitenden selbst tun, indem sie gegen Kapital und Regierung kämpfen und den Mächtigen die Macht entreißen.

Dies ist ein gekürzter Artikel. Die ungekürzte Version findet ihr hier:

40. Steuerreform mit dem Ziel Senkung der Abgabenquote auf EU-Durchschnitt innerhalb der nächsten Legislaturperiode (u.a. ökosozial, kalte Progression abschaffen, Vereinfachung)
41. zuerst die Sparpotentiale des Staates ausschöpfenIG: Mindestens 50 % Frauen in Führungspositionen staatsnaher Betriebe
42. IG: Amtsgeheimnis abschaffen und mehr Informationen für Bürger im Sinne einer proaktive Veröffentlichungs-Politik der Verwaltung und staatsnahen Unternehmen (siehe Open Goverment, Open Data) Ziel ist ein Dialog zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Bürgern.
43. ~~IG: Korruption auf allen Ebenen bekämpfen~~
44. Umsetzung der Transparenzdatenbank, insbesondere zu Förderungen von Bund, Ländern und Gemeinden, Benchmarking in allen Bereichen, Verhinderung von Vielfachförderungen
45. Totalreform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS): Bundeseinheitliche Regelung; von der Alimentierung zur Aktivierung: gemeinnützige Arbeit in der BMS und Adaptierung der Beträge (im Vergleich zum Erwerbseinkommen), Höhe abhängig von Aufenhaltsdauer, Deckelung, Transparenz, Leitprinzip: „Arbeit muss sich lohnen"; Spezielle Regelungen für Zugewanderte
46. Reform des AMS
47. Senkung der Abgabenquote auf x % europäischen Durchschnitt innerhalb der nächsten Legislaturperiode
48. Ausgeglichenes Budget (Schuldenbremse im Verfassungsrang), Reduktion Schulden
49. Finanzautonomie für Bundesländer (Einnahmen und Ausgaben), IG: Generelle Zusammenführen von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung
50. IG: Verteilung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nach

Punkt 43, Korruption bekämpfen - gestrichen. Aus: "Punkte für ein neues Österreich", internes Strategiepapier der Kurz-ÖVP 2017, veröffentlicht von der Wochenzeitung Falter .

Enteignen? Ja, bitte!

Seit gut zwei Jahren sorgt die Bürger*inneninitiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen für Wirbel. Sprechen sie doch ein Thema an, welches Hunderttausende Berliner*innen betrifft. Ziel der Initiative ist es, einen Volksentscheid in die Wege zu leiten, welcher die Vergesellschaftung der Wohnungen von privaten Wohnungsgesellschaften mit mehr als 3.000 Berliner Wohnungen vorsieht. Die Wohnungen sollen von einer Anstalt öffentlichen Rechts übernommen werden.

Die Rahmenbedingungen

Besonders im Fokus steht die Deutsche Wohnen, die allein in Berlin rund 111.000 Wohnungen besitzt. Dieses Unternehmen ist besonders verhasst, weil es seit Jahren seine Häuser verfallen lässt und sie nur saniert, um die Mieter*innen zu verdrängen. Immer wieder beklagen Bewohner*innen, dass im Winter Heizungen ausfallen oder man stundenlang in der Servicewarteschlange steckt, bevor man einen Hausmeister erreicht. Hinzu kommt, dass die Deutsche Wohnen alle Tricks ausnutzt um die Mieten, so oft es geht, zu erhöhen. Das Ergebnis lässt sich sehen: 422 Millionen Euro Gewinn im Jahr 2019.

Ziel der Initiative

Wohnungen sind eine besondere Ware im Kapitalismus[1], auf die man nicht einfach verzichten kann. Selbst das bürgerliche Recht sieht einige Schutzmaßnahmen vor. So ist der Berliner Senat (die zurzeit rot-rot-grüne Landesregierung) durch die Verfassung verpflichtet, dafür zu sorgen, dass für alle Bürger*innen ausreichend "angemessene" Wohnungen vorhanden sind – aber wir wissen ja, wie geduldig Papier ist.

Als "angemessen" gelten Wohnungen, deren Bruttowarmmiete 30 % des Einkommens nicht übersteigt. Jetzt kann sich jede Berlinerin oder jeder Berliner fragen, ob man mehr oder weniger für die Miete bezahlt ... Weiter heißt es: *„Jeder Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist widerrechtlich."* (Verfassung von Berlin, Artikel 24). Das klingt fast nach einer Aufforderung zur Abschaffung des Kapitalismus. Aber nicht ganz.

> « Immer wieder beklagen Bewohner*innen, dass im Winter Heizungen ausfallen oder man stundenlang in der Servicewarteschlange steckt, bevor man einen Hausmeister erreicht. »

In Wirklichkeit setzt der legale Rahmen der Initiative sehr enge Grenzen. Es geht bei einer „Enteignung" letztlich nur darum, die Konzerne zu einem Verkauf der Wohnungen zu zwingen, für den sie Entschädigungen in Milliardenhöhe erhalten sollen. Im Erfolgsfall wird die Höhe der Entschädigung auch entscheiden, wie teuer die Mieten in den nächsten Jahren sein werden, denn der Kaufpreis soll über künftige Mieten (teil-)finanziert werden. Der Senat setzt 29 Milliarden Euro an, den geschätzten aktuellen Marktwert, der seit Jahren durch Spekulation in die Höhe getrieben wurde.

Doch es gibt selbst im Rahmen des Kapitalismus viele gute Argumente, weniger zu zahlen. Erstens wird bei Enteignungen zum Autobahnbau oder für Kohletagebaue, wenn ganze Dörfer platt gemacht werden, selten der Marktwert gezahlt; zweitens wurden viele Wohnungen, die heute im Besitz der Deutschen Wohnen sind, vor zwei Jahrzehnten für einen Bruchteil des heutigen Werts vom Senat verscherbelt und die Deutsche Wohnen hat viele Wohnungen seitdem verfallen lassen; drittens haben die Immobilienkonzerne durch sogenannte *share deals* (googlen lohnt sich) sich allein in Berlin um Hunderte Millionen an Grunderwerbssteuer gedrückt. Also wenn man den Konzernen überhaupt etwas zahlt, dann doch bitte möglichst wenig!

Nur Mobilisierung zahlt sich aus!

Dass die Regierung kein Interesse daran hat, Immobilienkonzerne zu enteignen, sieht man an ihrem Umgang mit der Initiative. Vorab wurde alles unternommen, den Volksentscheid rechtlich zu verhindern. Auch mit dem Berliner Mietendeckel, der Mietobergrenzen vorsieht, wollte der Senat der Bewegung den Wind aus den Segeln nehmen. Seit dem

26. Februar sammelt die Initiative nun Unterschriften, verbunden mit einer großen Plakataktion in der ganzen Stadt. Wildes Plakatieren in Berlin ist eine Grauzone. Normalerweise gilt es als Ordnungswidrigkeit und für Kultur- und Konzertveranstaltungen ist es in Berlin sogar ein Job. Oft wird es von den Behörden toleriert oder ignoriert. Anders dieses Mal: Die Polizei beschlagnahmte Plakate und nahm Personalien auf, sogar der Staatsschutz ermittelt. Es wird gegen politische Aktivist*innen, die ein rechtlich zugelassenes Volksbegehren unterstützen, besonders hart vorgegangen: Grüße gehen raus an Rot-Rot-Grün!

Über Tausend Menschen beteiligen sich am Unterschriften sammeln, Plakate kleben, Infostände aufbauen usw. Ihr Engagement führt dazu, dass die Kampagne in der ganzen Stadt sichtbar und die Frage von Enteignungen in vieler Munde ist. Überall in Deutschland und sogar in Österreich gab es Solidaritätsaktionen.

Wenn der Volksentscheid erfolgreich ist, soll der Senat „Maßnahmen einleiten, die zur Überführung von Immobilien sowie Grund und Boden in Gemeineigentum (...) erforderlich sind.“ Doch rechtlich bindend ist das nicht.

Letztlich hängt alles vom Druck auf der Straße ab. Daher sollten wir uns keine Illusionen über legale Möglichkeiten im Kapitalismus machen, sondern die Kampagne dazu nutzen, den Kampf gegen Mietwucher durch breite Mobilisierungen zu unterstützen!

> « Jeder Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist widerrechtlich. »

Referenzen

1 Eine ausführliche Erörterung dieser besonderen Ware aus marxistischer Sicht findet man in der immer noch sehr lesenswerten Broschüre “Zur Wohnungsfrage” von Friedrich Engels aus dem Jahr 1873. Auch damals gab es schon Wohnungsnot und “Gentrifizierung”! (www.mlwerke.de/me/me18/me18_209.htm)

Tarifrunde der deutschen Metall- und Elektroindustrie:

Wie weiter mit den Warnstreiks?

Seit dem 1. März ist die Friedenspflicht vorbei. In der ersten Woche waren laut IG Metall (IGM) 227.000 Beschäftigte bundesweit im Warnstreik.[1] Im Jahr 2018 waren es am Ende der Tarifrunde 1,5 Millionen. Die Bewegung kann und muss größer werden: dafür gibt es genug Gründe!

Die IGM spricht von der „entscheidendsten Tarifrunde der letzten 40 Jahre". Tatsächlich nutzen die Konzerne der Metall- und Elektrobranche die Corona-Krise für ganz massive Angriffe, indem sie mit Stellenabbau drohen und Zugeständnisse erpressen wollen. Der Unternehmensverband Gesamtmetall fordert eine Nullrunde, es gäbe „in diesem Jahr nichts zu verteilen". Obendrein wollen sie „eine automatische Abweichung vom Flächentarifvertrag bei schlechten wirtschaftlichen Kennzahlen" ermöglichen.

https://solidaritaet-und-klassenkampf.org/2021/01/zur-tarifrunde-in-der-metall-elektro-industrie/

Die IG Metall fordert ein „Volumen von 4 %" mehr Geld (bei einer Laufzeit von 12 Monaten). Dieses Volumen stehe „auch für Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung, wie etwa Teilentgeltausgleich bei Arbeitszeitabsenkung zur Verfügung".

Doch stattdessen spricht die Gewerkschaftsführung von „Teilentgeltausgleich": Die Kolleg*innen, deren Arbeitszeit sinken würde, sollen weniger verdienen.

Der ewigen Erpressung der Unternehmen „entweder Lohnsenkung … oder ihr verliert euren Job" wird also von der IG Metall nicht widersprochen. Die Forderung nach 4 % „Volumen" deutet eher an, dass sie zu allen möglichen Deals im Namen der „Beschäftigungssicherung" bereit ist. Der Gesamtmetall-Präsident hat die Chance beim Schopfe gepackt und erklärt, die Beschäftigten wollen „nicht mehr Geld, die wollen einen sicheren Arbeitsplatz."[2]

> « Die Unternehmen der Metallbranche machen trotz Pandemie fette Gewinne und schütten Dividenden aus. »

Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wäre auch die richtige Antwort auf den zahlreichen Stellenabbau in der Branche: 162.000 Stellen haben die Unternehmen von Mai 2019 bis Dezember 2020 gestrichen, und sie drohen munter mit weiteren Entlassungen.

Doch die Streikenden stellen mehr Geld und Sicherheit nicht gegeneinander, sondern fordern beides! Der Spruch der IG Metall „Zusammenhalt ist das Wichtigste" heißt konsequenterweise auch: Der Erhalt aller Arbeitsplätze darf nicht auf Kosten der Lohnforderung erkämpft werden! Geld ist genug da: Die Unternehmen der Metallbranche machen trotz Pandemie fette Gewinne und schütten Dividenden aus.

Nicht nur in Berlin: Zusammenführung der Kämpfe nötig!

Die erste Woche der Warnstreiks in Berlin hat gute Stimmung gebracht. Bei einer Menschenkette im Industriebezirk Siemenstadt waren viele Kolleg*innen dabei. Doch die Aktio-

nen werden schlecht vorbereitet: Die Kolleg*innen erfahren oft erst ein paar Stunden vorher, dass sie streiken werden. Die Homepage der IGM Berlin bietet als nächste Termine ... Rentenberatungen! Nur wo es entschlossene Aktivist*innen gibt, wird der Aufruf zum Warnstreik im Vorhinein vorm Tor verteilt.

Die Streiks werden auch nicht zusammengeführt. Besonders gegen die Entlassungswelle wären gemeinsame Streiks und Demonstrationen unbedingt nötig. In Berlin haben nacheinander die Kolleg*innen von Daimler und Siemens Energy von massivem Stellenabbau erfahren, im Siemens Messgerätewerk gibt es Drohungen. Die Tarifrunde bietet Tausenden Kolleg*innen die Gelegenheit, sich gegenseitig zu verstärken und den Druck durch gemeinsames Streiken zu erhöhen.

Doch zu den Warnstreiks werden nur einzelne Betriebe gerufen. Von anderen Unternehmen lässt die IG-Metall-Führung Delegationen kommen, aber mehr auch nicht.

Die notwendige Gemeinsamkeit und Koordinierung der Aktionen, die dem Kapital wirklich weh tun würde, wird nur eine entschlossene Basis umsetzen können!

Referenzen

1 https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/tarifrunde-2021-ig-metall-gibt-den-kampf-um-die-35-stunden-woche-auf/26989688.html

2 https://www.gesamtmetall.de/aktuell/interviews/es-ist-egal-ob-es-volumen-oder-entgelterhoehung-genannt-wird

Deutsche Bahn

Am Ende sieht keiner mehr durch?

Im Alltag kämpfen die Bahner*innen mit allen möglichen Problemen: von störanfälliger Technik bis fehlendem Personal. Doch statt die Arbeitsbedingungen zu verbessern, verlangt der Deutsche Bahn (DB)-Vorstand unter dem Vorwand der Corona-Krise Sparmaßnahmen. Das sorgt bei den Bahnbeschäftigten für schlechte Laune. Und die Mobilitätswende lässt sich so natürlich auch nicht umsetzen.

Wie versucht die DB ihre Agenda durchzudrücken? Ganz klassisch nach dem Prinzip „teile und herrsche“.

Vor etwa einem Jahr hatte der DB-Vorstand die Devise ausgegeben: Sparen! Er hat die beiden Bahngewerkschaften EVG (Eisenbahnverkehrsgewerkschaft) und GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) aufgerufen, seinem „Bündnis für die Bahn“ beizutreten[1], um die „Krise“ zu lösen, übersetzt: Sparmaßnahmen bei den Beschäftigten durchzusetzen. Die EVG hatte eingewilligt. Viele EVG-Mitglieder sind sauer, dass „ihre“ Gewerkschaftsführung sich auf Deals eingelassen und ohne Not z.B. einer einmaligen Lohnerhöhung von lächerlichen 1,5 % für einen sehr langen Zeitraum zugestimmt hatte. Das macht es der GDL leicht, die EVG als „Einkommens-Verringerungs-Gewerkschaft“ anzuprangern und sich selbst als die einzige kämpferische Gewerkschaft zu präsentieren.

Statt sich am „Sparen“ zu beteiligen, fordert die GDL in der jetzt angelaufenen Tarifrunde[2] 4,8 % mehr Geld, wie es im Öffentlichen Dienst letztes Jahr gefordert worden war, 1.300 Euro Corona-Prämie, bessere Altersteilzeit, bessere Jahresschichtplanung, betriebliche Altersversorgung, etc.

Aufmüpfigkeit passt nicht in die Pläne der DB

Auf allen Kanälen ist Anfang des Jahres ein Feuerwerk an Podcasts, Videos und Erklärungen ausgebrochen, in der sich die Deutsche Bahn und die beiden Gewerkschaften um die Wette beschimpfen. Die Rollenverteilung aus Sicht der DB ist völlig klar: GDL = unverschämt, EVG = gut und vernünftig.

Die DB macht ihrerseits Druck, indem sie erstmals das für solche Konstellationen geschaffene „Tarifeinheitsgesetz“ anwenden will. Die Tarifverträge der Mehrheitsgewerkschaft EVG sollen die der Minderheitsgewerkschaft GDL verdrängen.

Wenn „vernünftige“ Gewerkschaftsbosse dem Unternehmen zu Diensten sind, dann sollen andere Gewerkschaften gefälligst folgen. Die DB hat schon eine Liste geschickt, was an Leistungen wegfallen würde, wenn bestimmte Tarifverträge künftig nicht mehr gelten. Das erhöht den Ärger unter Bahner*innen, verbreitet aber auch Unsicherheit. Die beiden Gewerkschaften sollen außerdem ihre Mitgliederzahlen offenlegen.

Statt zu folgen, startete der GDL-Vorstand eine Kampagne, um massiv im ganzen Konzern Mitglieder zu gewinnen. Dazu hat er ein noch größeres Forderungspaket auf den Tisch gepackt, was die DB prompt als „realitätsfern“ zurückwies. Es hätte „horrende“ Kostensteigerungen von 46 % zur Folge und es würde angeblich die Mobilitätswende gefährden!

Der DB-Vorstand verbreitet gleichzeitig mit zuckersüßer Stimme, man wolle verhandeln. Regeln seien nun mal Regeln. Nur, diese Spielregeln der Deutschen Bahn können nicht verstecken, dass sie auf eine Nullrunde pokern und das Lohnniveau und anderes absenken wollen. Was für eine Heuchelei ...

Es ist unklar, wohin das Ganze führen wird. Alles wird immer unübersichtlicher, was der DB gut passt.

Wird es Streik geben?

Der GDL-Apparat will nicht, muss aber vielleicht. Und die Beschäftigten? Sie werden ihre eigene Rolle finden müssen. Nirgendwo, in keiner Branche hat man erlebt, dass Unternehmen freiwillig von ihren Forderungen abgerückt sind. Auch im Öffentlichen Dienst letztes Jahr wurde gestreikt. Aktuell gibt es Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie. Was, wenn sich die Bahner*innen anschließen und die Spielregeln der DB und das ganze Theater echt in den Wind schießen würden?

Referenzen

1 Hierzu Aurora, Ausgabe 12: https://www.sozialismus.click/deutsche-bahn-feiert-solidaritaet-mit-sich-selbst/

2 Gewerkschaften und Unternehmen bzw. die Arbeitgeberverbände verhandeln in regelmäßigen Abständen Tarifverträge/Kollektivverträge

Per Aushang veröffentlicht die GDL ihre Forderungen. Aber ob die Gewerkschaftsführung auch bereit ist, dafür zum Streik aufzurufen?!

Tariflos durch die Nacht – Standard in Deutschland

Nach 15 Jahren Outsourcing und zehn Jahren Tarifkampf ist es endlich so weit. Bei der Charité Facility Management (CFM), einer Tochter der Berliner Universitätsklinik Charité, soll es künftig einen Haustarifvertrag[1] geben. Dem sind viele Streiks, Aktionen und Engagement der Kolleg*innen voraus gegangen - denn 15 Jahre ohne Tarifvertrag hieß für die Kolleg*innen, dass über Urlaub, Gehalt oder Arbeitsbedingungen „frei nach Schnauze" von den Chefs entschieden wurde.

Nach der Ausgliederung aller patientenfernen Tätigkeiten (wie z. B. Reinigung oder Sterilisation) in die CFM (2006) wurden die ca. 2.800 Kolleg*innen 2011 das erste Mal aktiv. Seitdem gab es über die Jahre viele Versprechungen der Geschäftsführung, doch nur durch Kämpfe und Aktionen der Beschäftigten konnten geringe Zugeständnisse erkämpft werden, wie z. B. ein Mindeststundenlohn von 11 € im Jahr 2017[2]. Die Geschäftsführung reagierte auch mit Angriffen auf Beschäftigte. Jüngster Fall sind zwei Kündigungen und eine Abmahnung gegen Kolleg*innen aus der ver.di-Verhandlungskommission im September 2020.

Müller feiert geregelte Arbeitsbedingungen!

Im Herbst 2020 wurde ein Schlichtungsverfahren zwischen der verhandlungsführenden Gewerkschaft ver.di und der CFM-Geschäftsführung begonnen[3]. Ende Februar 2021 wurde das Verfahren beendet, als erfolgreich deklariert und der Berliner Bürgermeister Müller feiert nun geregelte Arbeitsbedingungen im landeseigenen Betrieb[4]. Die CFM-Beschäftigten hingegen erfuhren nur aus der Presse vom Erreichen eines Schlichtungsergebnisses und kennen bisher die Details nicht (Stand 09.03). Entsprechend viel Misstrauen herrscht unter ihnen. Statt zu feiern sollten sich Herr Müller & Co schämen. Löhne, die weder zum Leben noch für die Rente reichen, ungehemmte Ausbeutung von Kolleg*innen und Repressionen gegenüber betrieblichen Aktivist*innen wurden jahrelang vom Berliner Senat nicht nur geduldet, sondern politisch als Richtschnur des Handelns an Charité und CFM vorgegeben.

« Die CFM-Beschäftigten hingegen erfuhren nur aus der Presse vom Erreichen eines Schlichtungsergebnisses und kennen bisher die Details nicht. »

Nein zu Outsourcing

An vielen deutschen Kliniken laufen zurzeit Tarifauseinandersetzungen zwischen Outgesourcten und Eigentümer*innen, z. B. in Potsdam[5] oder dem anderen Berliner Krankenhauskonzern Vivantes[6]. Dabei werden die Forderungen der Beschäftigten als unbezahlbar hingestellt. Die Budgetprobleme vieler Kliniken resultieren jedoch vor allem aus der desaströsen Finanzierung des Gesundheitswesens und die Corona-Pandemie hat die Lage noch verschärft[7]. Dabei zeigen die Milliardenhilfen für Großkonzerne wie VW, TUI oder Lufthansa (die z. T. auch noch Gewinne machen[8]), dass Geld genug da ist. Es ist eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen uns Arbeitenden und den Kapitalist*innen, wie gesellschaftliche Ressourcen, wie z.B. Steuereinnahmen genutzt werden. Daher bleiben die Kolleg*innen der CFM auch nach der Schlichtung weiter aktiv und es gibt eine gemeinsame Mobilisierungskampagne von Charité- und Vivantes-Beschäftigten für mehr Personal im Krankenhaus. Das sind erste Schritte, damit der Reichtum unserer Gesellschaft auch da ankommt, wo er herkommt: bei uns!

Referenzen

1 In Österreich: Kollektivvertrag

2 https://www.verdi-cfm.com/tarif/, Tarifinfo „11€ reichen euch nicht?". Bis 2020 wurde der Mindeststundenlohn stufenweise auf 12,50 € erhöht – basierend auf dem Vergabemindestlohn des Landes Berlin.

3 https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2020/11/platzeck-schlichter-charite-cfm-verdi-.html

4 https://www.berlin.de/sen/wissenschaft/aktuelles/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1057924.php

5 https://www.pnn.de/potsdam/klinikum-ernst-von-bergmann-in-potsdam-tariflohn-fuer-mehr-als-500-mitarbeitende-auf-der-kippe/26873674.html

6 https://www.verbaende.com/news.php/Tarifverhandlungen-fuer-Vivantes-Toechter-aufgenommen?m=139816

7 siehe z.B. https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-bremer-klinikverbund-muss-personal-abbauen-_arid,1950547.html oder https://www.tagesspiegel.de/berlin/coronakrise-in-den-krankenhaeusern-berliner-vivantes-kliniken-machen-65-millionen-euro-verlust/26947864.html

8 https://www.automobil-industrie.vogel.de/vw-rechnet-fuer-2020-mit-einem-gewinn-von-10-milliarden-euro-a-994192/

Der Oppositionelle Nawalny – Strahlender Held der Bourgeoisie!

Seit geraumer Zeit ist der russische Oppositionelle Alexej Nawalny in den Nachrichten: zuerst die Vergiftung, dann seine Verhaftung und Verurteilung. Gerühmt wird er für seine Zivilcourage und sein Engagement für demokratische Werte. Doch wer ist Nawalny und wie wurde er zur Führungsfigur der russischen Opposition?

Vom Blogger zum Politiker

Nawalny erlangte größere Popularität, als er 2018 im Präsidentschaftswahlkampf gegen Putin antrat, wo er die bis dahin 17 Jahre andauernde Herrschaft Putins durchbrechen wollte. Bereits davor trat er als Blogger und Gründer einer Anti-Korruptions-Stiftung in Erscheinung. Er deckte auf, in welchen Prachtvillen Medwedew und Putin leben und wer sie bezahlt hat. Nawalny kandidierte 2013 außerdem als Bürgermeister von Moskau und gilt seitdem als stärkster Vertreter und Anführer der russischen Opposition. Nicht uninteressant, könnte mensch auf den ersten Blick meinen, doch welche Grenzen hat diese Figur und für welche Forderungen tritt er eigentlich ein?

Wenn man es nett umschreiben wollen würde, könnte man sagen, Nawalnys Positionen sind flexibel. Er ändert sie ständig und deckt einen Bereich von offen rechtsextrem bis links-liberal ab. Mit dieser Taktik schafft er es, für breite Teile der Gesellschaft, die sich gegen Putin wehren wollen, eine Identifikationsfigur zu sein, ohne ein konkretes politisches Programm zu formulieren. Gepaart ist das alles mit seinem öffentlichkeitswirksamen Aktionismus.

Die Politik hinter der Inszenierung

In der *Zeit* wird Nawalny als „[...] ein jugendlich wirkender 41-Jähriger, der einen Hauch Macron verströmt“ beschrieben. Das trifft den Nagel auf den Kopf: Eben diese Art von (russischer) Opposition ist für Deutschland und andere westliche Länder reizvoll und unterstützenswert. Konservative Politik unter dem Deckmantel eines liberalen, charismatischen Typen. Den Fokus legt Nawalny auf Innenpolitik und den Kampf gegen Korruption. Und natürlich rennt er damit offene Türen ein, besonders wegen Putins laufenden Versuchen, die Probleme der arbeitenden Bevölkerung durch aggressive Außenpolitik zu übertönen.

> « [..] für welche Forderungen tritt er eigentlich ein? [..] Er ändert sie ständig und deckt einen Bereich von offen rechtsextrem bis links-liberal ab. »

Nach Nawalnys Verhaftung, unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Russland, gingen Zehntausende für seine Freilassung auf die Straße. In Wahrheit war das nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die Demonstrationen erfassten alle möglichen Bevölkerungsschichten und Teile des Landes. Das hat zum einen mit Nawalnys Populismus zu tun, aber auch mit der immer stärker werden-

den Unzufriedenheit. Es braucht die Proteste gegen Putin und seine diktatorische Politik, auch gegen die Korruption. Doch eine Wahl Nawalnys – sollte es überhaupt so weit kommen – wird daran nichts Grundlegendes ändern. Denn er geht nicht über den bürgerlichen Rahmen hinaus. Seine populistischen Forderungen nach einem sozialstaatlich gestützten Kapitalismus und einem Ende der Korruption zielen nicht auf einen wirklichen Systemwechsel. Seine vermeintliche Zukunftsperspektive ist für viele dennoch reizvoll, denn ihnen fehlt die finanzielle und soziale Absicherung und sie spüren die Ungerechtigkeiten der russischen Politik.

Russland und der Westen

Nawalny als Symbolfigur passt geradezu perfekt ins bürgerliche Bild, den Kapitalismus allein durch Austausch der Regierenden verbessern zu wollen. Russland soll für den Westen zu einem attraktiveren – kontrollierbaren – Nachbarn werden. Die vom Westen verhängten Sanktionen sind sehr eingeschränkt und selektiv, sie sind kein ehrliches Bekennen zu Menschenrechten und keine Solidarität mit wirklichen Oppositionellen. Wie in Bezug auf andere Länder auch, geht es auch hier um wirtschaftspolitische Interessen.

Der Umgang mit Russland und Nawalny ist nichts Neues. Er wird, wie andere „sich aufopfernde Oppositionelle“, als Kämpfer für Freiheit und bürgerliche Rechte dargestellt. Diese moralische Überhöhung, sei es bei Nawalny, Aung San Suu Kyi oder anderen konservativen Symbolfiguren, dient schlussendlich dazu, westliche Großmächte und deren Ideologien zu festigen. Sie suchen nach Figuren, die ihre Erwartungen erfüllen und sich an die Spielregeln der imperialistischen Weltordnung halten.

Der eigenen Bevölkerung gaukelt man mit dieser Unterstützung die eigene vermeintliche Freiheit und Progressivität vor und stellt den Kapitalismus – mit der richtigen personellen Besetzung – als bestes und gerechtes System dar. Dabei repräsentieren Personen wie Nawalny oder Aung San Suu Kyi selbst die herrschende Klasse. Sie gehören nur zu jenem Teil, der von den derzeitigen politischen Machtverhältnissen ausgeschlossen ist, bzw. dessen Interessen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Nicht zufällig wird Nawalny von wohlhabenden Einzelpersonen finanziert.

« Die vom Westen verhängten Sanktionen sind sehr eingeschränkt und selektiv, sie sind kein ehrliches Bekennen zu Menschenrechten und keine Solidarität mit wirklichen Oppositionellen. »

Die unterdrückte Bevölkerung selbst muss sich befreien

Auch wenn wir die Repression des russischen Staates klar verurteilen, muss gleichzeitig gesagt werden, dass keine dieser Kräfte im Interesse der Arbeiter*innenklasse und Armen handeln wird: weder Putin, noch die Vertreter*innen des europäischen und westlichen Kapitals, noch bürgerliche Oppositionelle wie Nawalny. Verliererin des Spiels der Macht mit personellen Rochaden, geopolitischer und wirtschaftlicher Einflussnahme und der moralischen Überhöhung einzelner Personen im Interesse der Herrschenden wird immer die unterdrückte Bevölkerung sein.

Die existierenden Proteste, die der Wut der Menschen über Kürzungen, Ausbeutung und Korruption Ausdruck verleihen, brauchen keine charismatische Führungspersönlichkeit im Rampenlicht. Sie brauchen gemeinsame Organisierung von unten, eine eigenständige Perspektive und Stärke, mit der sie ihre Forderungen für eine bessere Gesellschaft durchsetzen können. Denn eine Masse kann man nicht so leicht vergiften wie eine Einzelperson.

Myanmar: Arbeiter*innen im Kampf gegen den Militärputsch

Seit Anfang Februar geht die Bevölkerung von Myanmar auf die Straße, um gegen einen Militärputsch vorzugehen. Bemerkenswert ist die Teilnahme von Arbeitenden an den Protesten. Daher wollen wir uns die Proteste und die Situation der Arbeiter*innenklasse in Myanmar genauer ansehen und auf ihre Perspektiven eingehen.

Am 1. Februar, an dem eigentlich das im November gewählte Parlament zusammentreten sollte, putschte die Armee unter dem Vorwand, es habe Wahlbetrug gegeben. Die Gründe für den Putsch sind nicht ganz klar, jedenfalls kann es nicht daran liegen, dass die bisherige Regierung unter Aung San Suu Kyi dem Militär gefährlich gewesen wäre. Denn die Friedensnobelpreisträgerin, die im Westen als Demokratie-Ikone gefeiert wird, war durchaus bereit, sich mit dem Militär zu arrangieren.

So hat sie beispielsweise die ethnischen Säuberungen gegen die muslimische Minderheit der Rohingya, die das Militär ab 2017 durchführte, mitgetragen. Auch gab es vor dem Putsch kein wirklich frei und unabhängig gewähltes Parlament, da das Militär über 25 % der Parlamentssitze verfügen konnte. Aber bei den Wahlen im November ist die parlamentarische Partei des Militärs abgestraft worden, während die „Nationale Liga für Demokratie“ (NLD) von Aung San Suu Kyi deutlich gewonnen hat. Vor diesem Hintergrund hatte das Militär, das auch über eine große wirtschaftliche Macht verfügt, eventuell Sorge, an Einfluss im Land zu verlieren.

Die Vielfalt des Widerstands

Zügig begann eine Kampagne des zivilen Ungehorsams. Zuerst streikten Beschäftigte in staatlichen Krankenhäusern, darauf folgte das Lehrpersonal und Industriearbeiter*innen. Mittlerweile schließen sich auch Mitarbeiter*innen aus Ministerien und Behörden den Streikenden an, da sie die Herrschaft des Militärs ebenfalls nicht gutheißen und für diese Regierung nicht arbeiten wollen.

Auch die junge Bevölkerung aus Myanmar beteiligt sich an den Protesten. Mit Sprüchen wie „ihr legt euch mit der falschen Generation an“ verbreiten sie ihren Standpunkt – und das besonders im Internet. Unter Hashtags wie #WhatsHappeningInMyanmar werden Neuigkeiten über den Widerstand oder die Repression geteilt.

Wenn die Putsch-Regierung den Internetzugang sperrt, nutzen die jungen Leute SIM-Karten aus Nachbarländern, um sich dennoch zu organisieren. Unerwartet schließen sich auch Polizist*innen der Protestbewegung an.

An einigen Stellen zeigten sie nun auch den 3-Finger-Gruß der Bewegung und räumten ihre Barrikaden, um den Demonstrierenden den Weg frei zu machen. Berichte Anfang März sprachen von 900 Polizist*innen, die ihren Dienst verweigerten.

Eine junge, überausgebeutete Arbeiter*innenklasse

Myanmar war lange landwirtschaftlich geprägt und ist noch heute eines der ärmsten Länder der Welt. Doch in den letzten Jahren gab es eine deutliche Entwicklung: 2017 war nur noch knapp die Hälfte landwirtschaftlich tätig (49 %). Die Industrie arbeitet hauptsächlich für den Export. Insbesondere der Textilsektor hat sich entwickelt, da Myanmar als Billiglohnland sogar den Nachbarländern Konkurrenz macht. Vom offiziellen Mindestlohn in Myanmar (umgerechnet 99 US-$[1]) kann man kaum leben. Zum Vergleich: der Mindestlohn in angrenzenden Staaten wie Kambodscha oder Vietnam liegt bei 120-170 US-$, in Thailand bei 280 US-$[2]. Diese billige Arbeitskraft macht den Standort Myanmar gerade beim ausländischen Kapital attraktiv. Von 2012 bis 2017 hat sich so der Export von Textilien verdreifacht.[3]

« Die Industrie arbeitet hauptsächlich für den Export. Insbesondere der Textilsektor hat sich entwickelt, da Myanmar als Billiglohnland sogar den Nachbarländern Konkurrenz macht. »

2011 zeichnete sich die sogenannte „demokratische Öffnung“ des Landes ab, ausländisches Kapital strömte ins Land. Trotz des Wirtschaftswachstums verbesserten sich die Lebensumstände für die Arbeiter*innen nicht. Die Inflation lässt die Lebensunterhaltskosten dermaßen in die Höhe schießen, dass ihre Löhne diese nicht decken.

Die „Demokratisierung“ konnten die Arbeiter*innen dennoch für sich nutzen: Gewerkschaften wurden legalisiert und so konnten sie sich in Fabriken und Unternehmen leichter organisieren. Schon vor 2011 gab es gewerkschaftliche Strukturen, jedoch mussten die Gewerkschafter*innen mit Polizeirepressionen und gerichtlicher Verfolgung rechnen. Seit über 50 Jahren leiden die Arbeiter*innen Myanmars unter der Unterdrückung des Militärs. Sowohl vor, als auch nach 2011 kam es zu Streiks, da die Schikanen des Managements weiter gingen. Die Arbeiter*innen berichten über Lohnklau, erzwungene Überstunden und miserable Arbeitsbedingungen. In der Covid-19-Pandemie haben sie mit massivem Stellenabbau zu kämpfen, 60.000 Arbeiter*innen verloren schon in der ersten Welle ihren Job.[4]

Kräftemessen mit der Repression

Eins der größten Probleme des Militärregimes ist sicherlich die Teilnahme der Arbeiter*innenklasse an den Protesten, weil dies direkten ökonomischen Druck ausübt und auch ausländische Investor*innen abschrecken könnte, auf die das Militär angewiesen ist. Es gab am Montag, dem 22. 2. 2021 einen ersten Generalstreik, am „Tag der fünf Zweien“, der an einen anderen Aufstand am 8. 8. 1988 (Tag der vier Achten) erinnert. Neben dem öffentlichen Dienst und Minenarbeiter*innen haben sich auch die vorwiegend weiblichen Beschäftigten im Textilsektor beteiligt – Hunderttausende waren auf der Straße. Seitdem gab es zwei weitere Aktionstage mit Generalstreik.

Die anhaltenden Massenproteste lassen sich auch von massiven Repressionen nicht aufhalten. Weiterhin gehen die Menschen auf die Straße, obwohl schon seit einigen Wochen die Militärjunta und die Polizei massiv durchgreifen. Die Polizei nutzt Gummigeschosse und Tränengas oder erschießt sogar Demonstrant*innen. Zahlreiche Internet-Videos zeigen wie Demonstrant*innen verfolgt und zusammengeschlagen werden. Berichte der Gefangenenhilfsorganisation AAPP sprechen von fast 2000 Festnahmen. Dazu berichten sie mittlerweile von 60 Toten.

Die Militärjunta veranlasst Straßensperren und blockiert immer wieder das Internet. Offensichtlich erhoffen sie sich davon, die Organisation der

Proteste sowie die Verbreitung von Bildern und Videos über die staatliche Gewalt zu erschweren. Die nächtliche Sperrstunde ist inzwischen für viele Bewohner*innen der Städte zum Alptraum geworden: Bewaffnete Kräfte des Regimes fahren durch die Straßen und terrorisieren die Bevölkerung mit Blendgranaten, Schüssen, Verhaftungen und der Zerstörung von Fahrzeugen.

Doch all das schreckt die Demonstrant*innen nicht ab, die auch die Freilassung der politischen Gefangenen fordern. Die Militärjunta reagiert mit klaren Drohungen und kündigt weitere Morde an, wenn der Protest weitergeht.

Es kommt immer wieder zu Razzien, unter anderem in Unterkünften von Arbeiter*innen der Bahn, von denen sich viele der Bewegung angeschlossen haben. Auch auf die Arbeitenden des Gesundheitswesens und auf Lehrer*innen übt das Militär weiter Druck aus. So haben sie einige Hochschulen und Krankenhäuser besetzt. Außerdem versuchen sie die Arbeiter*innen des Gesundheitswesens und der Verwaltung wieder zur Arbeit zu locken, indem sie Gehaltszuschläge anbieten oder die zweite Impfung gegen Corona.

Für die Arbeiter*innenklasse Myanmars, die eine so große Rolle in den Protesten spielt, geht es nicht nur darum, den Putsch zurückzuschlagen. Sicherlich ist der Militärputsch, der alle demokratischen Rechte abschafft, für sie eine Gefahr, die es abzuwehren gilt. Doch auch unter der Herrschaft von Aung San Suu Kyi sah ihre Lebensrealität miserabel aus. Das ehemalige Staatsoberhaupt kooperierte lange mit dem Militär und liberalisierte die Wirtschaft im Interesse der multinationalen Konzerne mit ihren Hungerlöhnen.

> « Der Militärputsch, der alle demokratischen Rechte abschafft, ist für die Arbeiter*innen eine Gefahr, die es abzuwehren gilt. Doch auch unter der Herrschaft von Aung San Suu Kyi sah ihre Lebensrealität miserabel aus. »

Für die Protestbewegung ist die Freilassung von Aung San Suu Kyi ein Hauptbezugspunkt, auch wenn weder sie selbst, noch die NLD die Proteste bislang kontrollieren können. Doch damit die Proteste eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeitenden erkämpfen können, wäre es dringend nötig, dass diese sich auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen organisieren!

Dies ist ein gekürzter Artikel. Die ungekürzte Version findet ihr hier:

Referenzen

1 https://www.irrawaddy.com/news/burma/thousands-myanmar-workers-demand-higher-minimum-wage.html

2 https://www.aseanbriefing.com/news/mindestlohne-in-den-asean-staaten/

3 https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/indonesien/suedostasien-wird-als-bekleidungs liefe-rant-immer-wichtiger-22340

4 https://www.mmtimes.com/news/covid-19-leaves-over-60000-workers-jobless-myanmar.html

Wieso Arbeiter*innen noch keine Pipelines in die Luft jagen

Der aus Schweden stammende Klimaaktivist (Ex-Anarchosyndikalist und Trotzkist) Andreas Malm hat kurz vor der Corona-Pandemie ein neues Buch geschrieben, das nun auf Deutsch vorliegt.

Völlig richtig weist Malm darauf hin, dass uns die Zeit verlorengeht, die Erwärmung unter zwei Grad zu halten. Trotz aller Klimademos erhöhen die Fossilkonzerne den CO_2-Ausstoß jährlich. Angesichts der Gewalt, die die Klimakatastrophe durch Überschwemmungen, Dürren, Hunger und Flucht vor allem über die Arbeitenden und Menschen im globalen Süden bringen wird, wundert er sich über die geduldige Gewaltlosigkeit der Klimabewegung. Es dürfe nicht mehr gewartet werden und jede Aktion, die den Klimawandel verlangsamt, sei geboten – seien es Angriffe gegen die extrem klimaschädlichen SUVs, seien es Blockaden oder Sabotage an Pipelines als Ergänzung zu Massendemonstrationen. Klimawandel bedeute Massensterben wie ein Dritter Weltkrieg – dagegen ist Gewalt gegen Eigentum erlaubt.

In „Wie man eine Pipeline in die Luft jagt" geht es aber keinesfalls um technische Anleitungen für Aktionen. Wohl aber liefert Malm eine gute Darstellung der weltweiten Klimabewegung und eine fundierte Kritik am gewaltfreien politischen Konzept von Fridays For Future und Extinction Rebellion (XR).

Überzeugend widerlegt Malm die Argumentation von Pazifist*innen historisch insgesamt und holt sogar Gandhi von seinem Thron. Weiter greift er auch die „Blindheit" des akademischen Milieus von XR gegenüber den Arbeitenden an, dessen Aktionen sich – wie bei der Blockade der Londoner U-Bahn 2019 – bisweilen direkt gegen Arbeitende richten.

Paradoxerweise weicht Malm trotzdem zentralen Fragen aus: Wie kann es gelingen, die Arbeiter*innenklasse dafür zu gewinnen, mit der ihr eigenen Kampfform des Streiks den Klimawandel nachhaltig zu begrenzen? Oder genauer: Wie können wir den vielen Klimaaktivist*innen, die bereits heute aus der Arbeiter*innenklasse kommen, bewusst machen, welche Macht und Möglichkeiten ihre Klasse hat? So sehr Malm fordert „klassensensibel" zu sein, so wenig Ideen zeigt er hier. Dabei beweist sein eigenes Beispiel zweier US-Arbeiterinnen, die für ihre individuelle Sabotage von Pipelines und Bohrmaschinen von der US-Klassenjustiz lebenslang eingesperrt wurden, wie wichtig kollektive Aktionen sind.

Das ist die große Schwäche seines Buches. Denn so fördert es die Illusion, dass ohne die bewusste Massenaktion der Arbeitenden ein Aufhalten oder nur Verlangsamen des Klimawandels möglich sei.

Aber das Buch gibt trotzdem genug Anlass zum Nachdenken. Daher eine unbedingte Empfehlung!

Malm Andreas: Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen. Matthes & Seitz, 211 S., gebunden, 18 €.

IMPRESSUM

Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/Flyeralarm |
Verantwortlicher Redakteur: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Regelmäßige Veranstaltungen gibt es über ZOOM als Onlinereferat zu den unterschiedlichsten Themen. Mehr Informationen und den Link zur Veranstaltung findet ihr unter folgenden Adressen:

Deutschland / Österreich

www.sozialismus.click / www.sozialismus.net

rsodeutschland / rso_organisation

rsodeutschland / rsoorganisation

Alle bisherigen Referate findet ihr auf unserem YouTube Kanal:
Revolutionär Sozialistische Organisation

Nächste Veranstaltungen

Unsere nächsten online-Veranstaltungen zur Geschichte der Arbeiter*innenbewegung (jeweils 19.00 Uhr):

25. 3.: Stalinismus – der Niedergang des ersten Arbeiter*innenstaates

15. 4.: Deutschland 1933: Hitlers Weg zur Macht

22. 4.: Italienischer Faschismus 1919-1924

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter*innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg*innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist*innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter*innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr auf www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click
www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net
www.sozialismus.net